

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Gesamtbelegpreis und in allen Abteilungen ersichtlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich drei Haus 2,50 M. (halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 694, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstags)

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeit anstehend an den dreipaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 14. Juni 1928 Nummer 137

Der Reichstag eröffnet

Spaltung der Alten Sozialdemokratischen Partei in Sachsen

Betriebsdelegationen im Reichstage — Die kommunistische Reichstagsfraktion präsentiert Arbeiterforderungen

Heute Beratung des Amnestieantrages

Berlin, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der vierte Reichstag der sogenannten deutschen Republik wurde Mittwoch 13 Uhr eröffnet. Vor dem an der Tiergartenstraße gelegenen Portal des dem deutschen Volke gewidmeten Gebäudes verkörperte eine Handvoll Bummler, Pressephotographen, Schupos und Geheimpolizisten das „Boll“, das seine gewählten Vertreter an die schweißtriefende Parlamentsarbeit eilen lassen will. Einige Hakenkreuzler verhielten sich unter dem Schutze der Bananenkeule durch Zeigen ihrer Hitler-Uniform Eindruck zu machen, zogen aber schnell wieder ihre Ziviljacken über, als einige rote Frontkämpfer am Platz erschienen.

Das werktätige Volk Berlins hat sich bereits mit 27 Betriebsdelegationen einen Weg in das Innere des Reichstages gebahnt. Insgesamt sind es an 100 Delegierte, darunter 40 Frauen, deren Männer z. T. noch in den Bastillen der Republik schmachten, die den sogenannten volksfreundlichen Parlamentariern den Willen der Arbeiterschaft nach Amnestie verbalmetzen wollen. Die Zugehörigkeit von 18 Delegierten zur SPD beweist, wie weit diese Forderung bereits Allgemeingut der Arbeiterschaft geworden ist.

Die kommunistische Reichstagsfraktion empfing sämtliche Delegierte in ihren Fraktions-Sitzungszimmern durch die Genossen Bick, Höllein und Pfeiffer. Es vertrat sich, daß unsere Fraktion — gemäß ihrer Tradition in dieser Frage — nicht nur energische Unterstützung zusagte, sondern auch praktisch alles tun wird, um die Opfer der Klassenjustiz aus den Gefängnissen und Justizhäusern alsbald herauszuholen. Aus der Mitte der Delegationen wurden vier Kommissionen zwecks Rücksprache mit den anderen Parteien gewählt. Wenn schon diese Kommissionen überall auch nur diplomatische Vertretungen erhielten, so zeigt doch schon die Tatsache ihres Empfanges und die Tonart, in der die Herren Landsberg, von Guehard usw. ihre Ansichten formulierten, von dem Druck, unter dem diese Parteien infolge des Amnestieantrages ihrer Wählermassen stehen.

Ein Symptom dafür ist auch, daß der von uns bereits veröffentlichte Amnestiegesetzentwurf der kommunistischen Partei auf Vorschlag des sächsischen Vizepräsidenten Bod widerstandslos auf die morgige Tagesordnung gesetzt wurde.

Dennoch wäre es verfrüht, betreffs des Schicksals der politischen Gefangenen sich irgendwelchen Kombinationen hinzugeben, zumal auch die Deutschnationalen in Verbindung mit den Gemäßigten einen ihnen genehmen Amnestieentwurf eingebracht haben. Auf jeden Fall wird es aber auch in diesem Reichstag von der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion abhängen, ob die proletarischen politischen Gefangenen den Klauen der weißen Justiz entrissen werden. Aus diesem Grunde haben die sozialdemokratischen Arbeiter alle Ursache, den Druck auf ihre Abgeordneten in Richtung Amnestie zu verstärken.

Punkt 15 Uhr wurde die Sitzung von dem 82 Jahre alten Vizepräsidenten Bod-Gottha (SPD) eröffnet. Der Sitzungssaal

die Tribünen und die Reichsratsstraße waren lüdenlos besetzt. Nur die leeren Regierungsbänke hatten in demonstrativer Leere des neuen Geschäftsführers der Firma Silberberg u. Co., wie Hermann Müller beim Namensaufruf von der kommunistischen Fraktion bezeichnet wurde. Allgemein fiel auf, daß das Rednerpult, von dem aus mit Vorliebe Herr Solkmann seine religiös-sozialistischen Reden ablas, verschwunden ist. Die Zentrumsglähen und die deutschnationalen Schmerböuche sind infolge des Vordringens der kommunistischen und sozialdemokratischen Seite ziemlich weit nach rechts abgedrängt worden. Genosse Loew erscheint in der KPD-Uniform.

Das Haus hörte zunächst stehend eine Beileidkundgebung für die Opfer der Siegelbacher Eisenbahnkatastrophe an. Als Bod in seinen Einleitungsworten bemerkt, daß der Reichstag bei gutem Willen die Not der Kriegsinvaliden, Sozialrentner, Kleinstner usw. lindern könne, ruft Genosse Stoeder: „Ragt alle Hoffnung fahren!“ Bei dem nunmehr folgenden Namensaufruf kommt es oft zu stürmischer Heiterkeit infolge der ironischen

Handbemerkungen von den kommunistischen Bänken. Herr Brauns wird mit dem Prädicat „Schlichtungswürger“, Herr Brünninghaus mit: „Der Zigarrenadmiral“ begrüßt. Als der Schwerindustrielle Zentrumsmann Käßner ausgerufen wird, ruft der Abgeordnete Maslowski (KPD) „Zweihunderttausend Mark für ein Mandat!“ und „Koch pfeift auf dem letzten Loch“ ertönt es bei Namensnennung des demokratischen Parteihauptlings. Bei Solkmann hört man die Bemerkung: „Geh zu Christus“, während Crippien den „Sonntagsprediger der Großen Koalition“ einreden muß. Selbstverständlich, daß auch Herrn Künstler „der Einseifer“ und Herrn Seering „der Mememordminister“ nicht gelassen wurde.

Es stellt sich die Anwesenheit von 462 Abgeordneten heraus. Hierauf verliest der provisorische Schriftführer den bereits veröffentlichten kommunistischen Amnestieantrag und einen Antrag auf sofortige Haftentlassung des gewählten Abgeordneten Genossen Rippenberger. Auf Vorschlag des Präsidenten Bod werden diese, sowie einige weitere Anträge auf die Tagesordnung der Donnerstag 14 Uhr beginnenden nächsten Reichstagsitzung gesetzt, wo auch die Wahl des Präsidiums erledigt werden soll. Um 16 Uhr hatte die erste Sitzung des Reichstages ihr Ende erreicht.

Der Bankrott der USPD

Bahn frei für Große Koalition

R.R. Gestern schon meldeten die bürgerlichen Blätter, daß die USPD sich gespalten habe. Viel war ja von dieser Partei nicht mehr übrig geblieben nach den Reichstagswahlen. Aber dennoch: die paar Mann haben sich gespalten. Der Ausgang der Reichstagswahl ist den Leuten auf die Nerven gefallen. Ihre Hoffnungen zur Herausbildung einer national-sozialistischen Partei wurden gründlich zertrümmert. Die Arbeiter hatten zu deutlich gezeigt, daß sie weder einem Bud, einem Bethke, noch einem Kietzsch und Winnig auf dieser Bahn folgten, genau so wenig, wie sie einem Hitler und Lubendorff folgten. Am nun zu retten, was zu retten geht, versuchen die Bud, Helldt, Bethke, Hagen und Wirth, durch eine Schwemmung ihre Sünden vergessen zu machen. Sie haben sich darauf besonnen, daß sie auf dem Gründungsparlament die USPD nur als eine Episode betrachtet hatten, um über kurz oder lang in den reitenden Hufen der SPD zurückzufahren. Sie wollten eine „nationale“ Arbeiterbewegung schaffen. Die Bud, Helldt u. Konsorten vollführten ja zuerst die Politik des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der sie, als 23, recht stark und fest in Schutz nahm gegen die jungen Schulmeister und Redakteure in Sachsen. Aber die Helldt und Bethke waren wohl etwas begriffsstutzig und verstanden nicht das Oppositionsmännchen des SPD-Vorstandes. So gerieten sie in starken Widerspruch auch mit diesem.

Die logische Entwicklung der „nationalistischen“ USPD führte dann immer weiter auf die Bahn des Faschismus. Stolz und

hochfahrend verkündeten die von sich sehr stark eingenommenen Kietzsch und Bethke, daß ihnen die Arbeiter in Massen zufließen werden. Die Reichstagswahl zeigte dann diesen Renegaten, daß sie bei den Massen abgefallen hatten. Der Schreck, der ihnen darob in die Knochen gefahren, veranlaßt sie jetzt zu einem Kurswechsel zu kommen. Die nationalistische Tendenz soll aufgegeben werden. Wie mitgeteilt wird, hat im Vorstand der USPD eine Auseinandersetzung stattgefunden, bei der die Bud, Helldt, Bethke und Genossen die Linie abstellten auf ein Zurück zum Ausgangspunkt. Das erst vor ein paar Wochen verkündete Programm der nationalen Arbeiterbewegung soll wieder verschwinden. Das Heidelberger Programm der SPD soll wieder die Grundlage sein. Auf dieser Basis, so heißt es, sollte Kietzsch in Zukunft den Volksstaat dirigieren. Kietzsch hat das abgelehnt. Er scheidet aus der Redaktion des Volksstaates aus und will mit Winnig in Berlin die Fortführung seiner Politik betreiben.

Praktisch bedeutet dieser Schritt der USPD-Deutschen — von äußeren kann man nicht reden, da sie nichts zu sehen haben —, daß sie erstens die Angriffe ihrer Koalitionsschergen abwehren, zweitens aber auch die Vorbereitung für ihre Rückkehr in die SPD treffen wollen. In der bürgerlichen Presse wurden an diese Vorgänge in der USPD alle möglichen Vermutungen angeknüpft. Die Dresdner Neuesten Nachrichten schrieben gestern schon davon, daß in einigen Kreisen die Vermutung vorhanden sei, daß die USPD schon für den heute zur Tagesordnung stehenden Auflösungsantrag der KPD stimmen werde. Diese Beurteilung zeigt zwar, wie sehr die sächsischen Kapitalisten über den Zerfall der USPD, ihrer bisherigen Retterin in der Not, erschrocken sind, insbesondere da die Verhältnisse ja noch nicht so weit fortgeschritten sind, daß die SPD in Sachsen schon Koalition macht. Aber gerade weil dies noch nicht geschieht, werden auch heute die USPD-Deutschen nicht für den Auflösungsantrag stimmen.

Der Volksstaat drückt nun gestern eine Erklärung ab, daß die Mitteilungen nur insoweit zuträfen, daß Kietzsch sich einem Beschluß der USPD-Leitung nicht habe fügen wollen, deswegen scheidet er aus der Volksstaatsredaktion aus. Alles andere, was gesagt wurde, sei falsch. Dieses Dementi bestätigt aber nur das, was in der sächsisch-böhmischen Korrespondenz gemeldet wurde. Bezeichnend ist ja auch, daß der Volksstaat, trotzdem schon die gesamte bürgerliche Presse Stellung nimmt, nicht sachlich zu den Vorgängen Stellung nimmt. Richtig dürfte auch wohl sein, was heute früh die Leipziger Neuesten Nachrichten schreiben, daß die USPD darauf hinziele, im Laufe der nächsten Monate eine neue Regierungskoalition anzubahnen.

Daß die USPD als Partei erledigt ist, das wissen die Helldt und Bethke genau, deswegen ihr Rückzug in den Hufen der SPD. Sehr beachtlich ist dabei, was gestern der Dresdner Anzeiger schreibt: „Die Rückkehr dieses Flügel in die Sozialdemokratische Partei gilt nur noch als eine Frage der Zeit und der Bedingungen, die die Sozialdemokratische Partei für die Wiederaufnahme stellen wird.“ Das ist überdies die richtige Schlussfolgerung. Nicht nur, weil auf Grund des Bankrotts des USPD-Wadens dieser Weg für die Helldt und Konsorten der einzige Weg bleibt, sondern auch, weil die SPD durch die Koalitionspolitik, durch Regierungsbildung im Reich, wieder eine stärkere An-

Betriebsdelegationen fordern Amnestie

Sozialdemokrat Landsberg lehnt die Amnestieforderung für Max Hoelz und Margies ab

Berlin, 14. Juni. (Eig. Drahtber.) 27 Delegationen, bestehend aus 100 Teilnehmern aus verschiedenen Betrieben, darunter 40 Frauen von politischen Gefangenen, begaben sich zum Reichstag, um bei Eröffnung ihre Forderung nach Amnestie den Fraktionen der einzelnen Parteien zu unterbreiten. Für die kommunistische Partei empfing Abgeordneter Höllein die Arbeiter und Arbeiterinnen, unter den 18 Sozialdemokraten waren. Einige Delegationen sprachen bei den übrigen Fraktionsführern vor. Eine Gruppe suchte einen Abgeordneten der Demokraten auf, wo ihnen erklärt wurde, daß ihre Fraktion noch nicht Stellung genommen hat. Für die SPD erwählten die Delegierten Landsberg, er sagte, daß er keine Zeit habe, weil er zur Fraktionsitzung gehen müßte. Er wurde daraufhin gefragt, wie er sich zur Amnestie stelle und erklärte, daß er den Delegierten verraten könne, daß eine Amnestie erlassen würde für alle diejenigen, die während der Inflation ohne Verbrechen begangen haben. Eine Amnestie für Max Hoelz und Max Hoelz käme nicht in Frage, weil die Deutschnationalen sonst auch für die Fememörder Amnestie verlangen. Margies und Hoelz könnten nur einmal durch einen

„Snadenakt“ freikommen. Er weiß nicht, ob das die offizielle Ansicht der Fraktion der Sozialdemokraten sei, da die Fraktion noch nicht Stellung zu diesen Fragen genommen hat.

Die Kommunisten präsentieren Arbeiterforderungen

Die kommunistische Reichstagsfraktion trat am Mittwoch nachmittag zur Konstituierung des Fraktionsvorstandes zusammen. Gewählt wurden die Genossen Thälmann, Stöcker, als weitere Mitglieder des Fraktionsvorstandes die Genossen Wendt, die Genossen Döngel, Ewert, Koenen u. a. Die Fraktion beschloß, Anspruch auf den Vizepräsidenten im Reichstag zu erheben und wurde dazu Genosse Geisler vorgeschlagen. Neben dem bereits eingebrachten Amnestieantrag beschloß man weiter, sofort einen Gesetzentwurf einzubringen wie Sicherung des Achtstundentages, Beilegung der Schlichtungsordnung, Aufhebung bzw. Senkung der Lohnsteuer, Heraushebung der Bezüge der Sozialrentner und Unterstützungsempfänger, Herabsetzung der Wohnungsmieten um 100 Prozent.

Die einzelnen Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion werden wir in den nächsten Tagen im Wortlaut veröffentlichen.